

Soziale Sicherung: Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland

25 Jahre nach dem Mauerfall haben sich die Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern spürbar angeglichen. Doch die strukturellen Unterschiede der 40-jährigen Teilung wirken nach: Niedrigere Löhne, eine geringere Wirtschaftskraft und die höhere Arbeitslosenrate im Osten sind nach wie vor eine Herausforderung für die Wirtschaft und die Sozialsysteme.

Beispiele

Jannik, Informatikstudent aus München:

„Die Mieten hier sind kaum bezahlbar. Ich ‚mach rüber‘ in den Osten. Da ich mein Studium als Programmierer verdiene, profitiere ich davon doppelt: standortunabhängiges Einkommen und preiswertes Leben im Osten.“

Lara, Realschulabgängerin und alleinerziehende Mutter aus Cottbus:

„Nach einer abgebrochenen Lehre suche ich noch nach einer Ausbildungsstelle. Im Westen wäre es leichter, aber hier gibt es genügend U3-Kitas – und Hilfe von den Großeltern.“

Ostdeutschland holt auf

Beschäftigung:

Die Umstellung der DDR-Planwirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft nach der Wiedervereinigung führte in den neuen Bundesländern zu Massenentlassungen und hoher Arbeitslosigkeit. Seit dem Jahr 2005 steigt die Beschäftigungsrate im Osten wieder kontinuierlich an. Im Januar 2014 suchten noch 11 Prozent der Ostdeutschen Arbeit, das ist der niedrigste Wert seit 1991. Zum Vergleich: Im Westen waren zum selben Zeitpunkt 6,4 Prozent der Menschen arbeitslos.

Einkommen und Wirtschaftskraft:

Obwohl die neuen Bundesländer knapp 20 Prozent der deutschen Bevölkerung stellen, erwirtschafteten sie im Jahr 2013 nur 15 Prozent der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung. Die Einkommensverhältnisse in Ost und West spiegeln die Wirtschaftskraft wider: So lag im Jahr 2012 das durchschnittliche monatliche Netto-Haushaltseinkommen im Osten bei 2.470 Euro und in den alten Bundesländern bei 3.234 Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de, Stand April 2014)

Arbeitsaufträge

1. Erstellen Sie anhand des Arbeitsblatts eine Liste mit Erfolgen und Herausforderungen bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.
2. Betrachten Sie das Schaubild „Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland“ bei www.sozialpolitik.com. Vergleichen Sie die Entwicklung der Einkommen sowie die Arbeitsmarktsituation in den neuen und alten Bundesländern. Nennen Sie Gründe für Unterschiede und Gemeinsamkeiten.
3. Entwerfen Sie drei weitere fiktive Fallbeispiele von Menschen in Ost und West. Erschließen Sie deren Lebenslage oder Zukunftspläne aus dem vorliegenden Datenmaterial in den Texten und Schaubildern.

Hochschulen und Ausbildung:

Wer an einer ostdeutschen Hochschule studiert, wird genauso gut betreut und hat die gleichen Karrierechancen und die gleiche Ausstattung wie im Westen. Der Ausbildungsmarkt im Osten ist jedoch angespannter. Hier kommen rechnerisch 1,21 Bewerber auf eine Ausbildungsstelle, im Westen sind es 1,18 Bewerber.

(Quellen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Karrierechancen der Absolventen ostdeutscher Hochschulen, 2012; Bundesagentur für Arbeit: Der Ausbildungsmarkt in Deutschland, Oktober 2013)

Sozialsysteme – Rentenangleichung:

Im Jahr 1992 wurde das westdeutsche Rentensystem auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Die Rentenhöhe bemisst sich nach der Gesamtheit der eingezahlten Rentenbeiträge, die von der Höhe des vorherigen Arbeitsentgelts abhängig sind. Da die Löhne in Ostdeutschland seit jeher aber deutlich geringer sind als in Westdeutschland, würden die ostdeutschen Renten sehr niedrig ausfallen. Deshalb werden die Arbeitsentgelte im Osten auf das Westniveau rechnerisch hochgewertet. Da es in den neuen Ländern früher zumindest offiziell keine Arbeitslosigkeit gab, sind die Ostrenten im Durchschnitt sogar höher als im Westen.

Solidarpakt II

„Der Solidarpakt II [...] soll es ermöglichen, dass die ostdeutschen Länder ihre Infrastruktur an das westdeutsche Niveau anpassen und die – auch nach dem Länderfinanzausgleich – unterproportionale Finanzkraft ihrer Kommunen aufstocken können. Darüber hinaus soll – unter anderem durch Investitions- und Innovationsförderung – die Wirtschaftskraft so gestärkt werden, dass die neuen Länder wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen und ohne besondere Hilfen auskommen, wenn die Vereinbarung 2019 ausläuft. Darin sind sich Bund und Länder einig.“

Bundesregierung: 20 Jahre Deutsche Einheit, 2010, Seite 109